



CDU bleibt stärkste Kraft in Deutschland

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands Angela Merkel hat die Ergebnisse der drei Landtagswahlen als Bestätigung für die Arbeit der Großen Koalition gewertet.

Die Resultate der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz sowie der Kommunalwahl in Hes-

sen seien eine „Ermutigung“ für die weiteren Schritte der Berliner Regierungskoalition, sagte die Bundeskanzlerin. Die Union habe gezeigt, dass sie in Ost- und Westdeutschland Volkspartei der Mitte sei. Jetzt gehe es darum, die anstehenden Reformen „engagiert auf die Tagesordnung zu setzen“. Dabei solle die „Politik mit ▶

INHALT

Volker Kauder:
Föderalismusreform
ist ein Meilenstein
Seite 11–13

Dokumentation:
Die Landtagswahlen
am 26. März in Baden-
Württemberg, Sachsen-
Anhalt und Rheinland-Pfalz
vorläufige amtliche
Endergebnisse
Innenteil

HEUTE AKTUELL

■ Mecklenburg-Vorpommern: Jürgen Seidel zum Spitzenkandidaten gewählt (S. 4) ■ NRW braucht ein starkes Ruhrgebiet (S. 5-6) ■ Thüringen: Kommunikationskonzept nimmt Formen an (S. 6) ■ Saarland: Peter Müller im Amt bestätigt (S. 7-8) ■ Godelieve Quisthoudt-Rowohl: Schnelle Handelsliberalisierung mit Agrargütern kein Allheilmittel (S. 9-10) ■ B. Siebert: Bundeswehr auf solidem Kurs (S. 14) ■ W. Börsen: Schutz des geistigen Eigentums -Keine Bagatelle (S. 15) ■ P. Bleser/J. Klöckner: Schluss mit Abzocke bei Auslands-Handy-Gesprächen (S. 15-16) ■ H.-P. Friedrich/I. Schmitt: Flugreisen sicherer! (S. 16) ■ Ch. Ruck: Wassermanagement: zentrales Krisenpräventionsinstrument (S. 16-17) ■ K. Reiche. Chancen der grünen Gentechnik nutzen (S. 17) ■ FU: Familienkasse - Frauen Union fordert Transparenz (S. 18)

► Augenmaß“ fortgesetzt werden. Als zentrale Projekte nannte Merkel die Gesundheitsreform, Bürokratieabbau, Innovation, Energiepolitik, Arbeitsmarkt, Unternehmensteuerreform, die Haushaltsaufstellung und die Familienpolitik. „Ich nenne das, was da auf uns zukommt, die zweite Etappe“, sagte sie. Dabei könne die

denen, Günther H. Oettinger und Wolfgang Böhmer, jedoch großartige Erfolge erzielt. Ministerpräsident Günther H. Oettinger hat in Baden-Württemberg die absolute Mehrheit nur knapp verfehlt. Die CDU bleibt unter Ministerpräsident Wolfgang Böhmer in Sachsen-Anhalt mit Abstand stärkste politische



Koalition auf dem aufbauen, was sie in den ersten 127 Tagen seit ihrem Amtsantritt geleistet habe.

Die CDU sei zwar enttäuscht über den Ausgang der Wahl in Rheinland-Pfalz. In Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt hätten die Ministerpräsi-

kraft. Wolfgang Böhmer kündigte an, dass er im Interesse des Landes so schnell wie möglich Gespräche mit der SPD über die Bildung einer großen Koalition aufnehmen werde, da das bisherige schwarz-gelbe Bündnis in Magdeburg nach dem

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-2 13, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

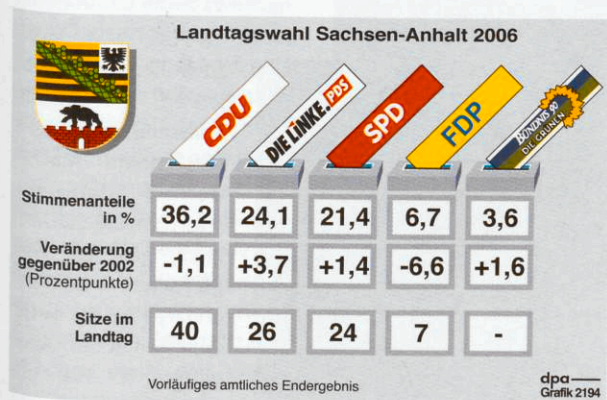
schlechten Ergebnis der Liberalen keine Mehrheit mehr hat.

Der baden-württember-

Land mit dem besten Arbeitsmarkt bleiben und „zum Kinderland Baden-Württemberg werden.“

SPD wieder als stärkste Partei auf kommunaler Ebene abgelöst. In vier der fünf kreisfreien Städte Hessens ist die CDU die stärkste Partei. In Frankfurt, Darmstadt und Wiesbaden verteidigte sie ihre Spitzenposition, in Offenbach überflügelte sie die SPD.

Generalsekretär Ronald Pofalla bezeichnete den Wahlsonntag als „ersten Stimmungstest“ nach der Bundestagswahl und der Bildung der Großen Koalition im Bund. „Wir wissen jetzt, dass die Wählerinnen und Wähler den Zukunftskurs der Bundesregierung unterstützen.“ Zugleich zeigte sich der Generalsekretär erfreut darüber, dass anders als bei der letzten Großen Koalition Ende der 60er Jahre die Parteien am rechten und linken Rand nicht von dem Regierungsbündnis aus Union und SPD profitierten. So hätten die rechten Parteien trotz ihres erheblichen Mitteleinsatzes in kein Landesparlament einziehen können. Die Ergebnisse der FDP und der Grünen machten zudem deutlich, dass deren „Frontalopposition gegen die notwendigen und richtigen Veränderungen im Bund“ von den Wählerinnen und Wählern nicht honoriert werde.



gische Ministerpräsident Günther H. Oettinger hat das gute Abschneiden der CDU bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg auch auf Bundeskanzlerin Angela Merkel zurückge-

Außerdem wolle er die Haushaltsanierung mit dem Ziel der Null-Verschuldung in den kommenden fünf Jahren erreichen. Der Ministerpräsident sagte, er wolle die Reformen der



führt. Oettinger nannte drei Ziele der nächsten Stuttgarter Landesregierung. Baden-Württemberg solle das

Bundesregierung über den Bundesrat unterstützen.

In Hessen hat die CDU erstmals seit 25 Jahren die

Mecklenburg-Vorpommern

Jürgen Seidel zum Spitzenkandidaten gewählt

Jürgen Seidel wird die CDU als Spitzenkandidat in den Landtagswahlkampf führen. Er fordert damit im September Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD) heraus.

Auf dem Landesparteitag in Gägelow bei Wismar bekam der Warener Landrat 135 von 136 gültigen Stimmen. Damit betrug die Zustimmung 99,2 Prozent. Seidel machte deutlich, dass die CDU nach der Wahl am 17. September wieder Regierungsverantwortung tragen will.

Mit der Wahl Seidels zum Spitzenkandidaten seien die Weichen für den erforderlichen Machtwechsel an der Küste gestellt worden, betonte die Bundeskanzlerin und Vorsitzende der CDU Deutschlands Angela Merkel. Er bringe reiche Erfahrung aus der Landes- und Kommunalpolitik mit und habe den Mut, neue Wege zu beschreiten. Als Beispiel nannte sie das Ziel, die Kinderbetreuung künftig ohne Elternbeiträge zu



Jürgen Seidel und die CDU-Vorsitzende Angela Merkel

gewährleisten. Dem amtierenden Regierungschef Ringstorff warf Angela Merkel vor, das Land schlecht regiert zu haben und „den Kopf in den Sand zu stecken, wenn Entscheidungen anstehen“. Er trage die Verantwortung dafür, dass Mecklenburg-Vorpommern bundesweit in vielen Bereichen die rote Laterne trage. Die wirtschaftliche Talfahrt führe dazu, dass immer mehr junge Menschen das Land verließen. Die CDU setze mit ihrem Programm Zeichen dagegen.

Seidel kündigte an, die CDU bei der bevorstehenden Landtagswahl wieder zur stärksten politischen Kraft im Nordosten machen

zu wollen. Nach acht Jahren rot-rotem Stillstand sei es Zeit für einen Machtwechsel in Schwerin. „Dort, wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser“, erklärte Seidel unter dem Beifall der Delegierten. Er rief die Parteibasis auf, die im Wahlprogramm verankerten Politik-

angebote an die Wähler heranzutragen. „Wir müssen die Menschen davon überzeugen, dass wir die besseren Konzepte haben“, sagte Seidel. Er vermied es aber, ein Wahlziel zu formulieren. „Wir werden keine Plus-X-Spiele veranstalten.“

Seidel zieht mit einer Mannschaft gestandener Landespolitiker in den Wahlkampf. Auf den Listenplätzen zwei bis zwölf folgen Landtagsabgeordnete mit zum Teil langjähriger Parlaments Erfahrung. Direkt hinter Seidel folgen Fraktionschef Armin Jäger, Landtagsvizepräsidentin Renate Holznapel und CDU-Landesgeneralsekretär Lorenz Caffier.

Nordrhein-Westfalen

NRW braucht ein starkes Ruhrgebiet

Im Rahmen einer zweitägigen Klausurtagung in Essen hat sich die Landtagsfraktion der nordrhein-westfälischen CDU mit der Zukunft des Ruhrgebiets befasst.

Fraktionschef Helmut Stahl betonte die große Bedeutung, die dem Revier zukommt: „Das Ruhrgebiet ist nicht nur der wichtigste industrielle Ballungsraum, sondern auch das größte zusammenhängende Siedlungsgebiet in Europa. Zudem liegt es mitten im Herzen Europas. Mehr als fünf Millionen Menschen im Ruhrgebiet entsprechen fast einem Drittel der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens. 27 Prozent aller Beschäftigten in NRW finden hier ihren Arbeitsplatz.“

Zwar sei der Strukturwandel im Revier weitgehend ohne soziale Verwerfungen verlaufen. Doch seien die Chancen des Reviers durch falsche politische Weichenstellungen in der Vergangenheit bis heute nicht ausreichend entwickelt. Stahl: „Lange Jahre wurde ein Weg beschritten, der Alles und Jedes ohne Prüfung der Nachhaltigkeit förderte. Viel Geld des Landes und der EU flossen in so



Fraktionsspitze mit Ministerpräsident: Helmut Stahl, Peter Biesenbach und Jürgen Rüttgers

genannte Leuchtturmprojekte mit ungewissen Zukunftsaussichten wie das HDO in Oberhausen. 14 Förderprogramme mit 12 definierten Kompetenzfeldern haben zu wenig nachhaltige Erfolge gebracht. Gleichzeitig wurden wichtige politische Weichenstellungen nicht vorgenommen. Das Ruhrgebiet erscheint wie ein gefesselter Riese. Die Fesseln sind Bürokratie, zu viele Grenzen und zu wenig wahrgenommene Zusammenarbeit und Eigenverantwortung der Region.“ Die CDU-Landtagsfraktion hat deswegen nun die „Initiative Zukunft Ruhr“ gestartet, in der die Anstrengungen unterschiedlicher Politikfelder zugunsten des Ruhrgebiets gebündelt werden. Denn nur wenn die Po-

tenziale der Region besser ausgeschöpft werden, kann auch ganz NRW wieder nach vorne kommen.

„Die Entwicklungsperspektiven des Ruhrgebiets und Nordrhein-Westfalens hängen zusammen, sie sind wie siamesische Zwillinge“, betonte deshalb auch Norbert Lammert, Bundestagspräsident und Vorsitzender der CDU Ruhrgebiet, der als Gast an der Tagung teilnahm. „Wir müssen aus den Gestaltungsmöglichkeiten, die wir jetzt im Bund und im Land haben, Funken schlagen.“

Die CDU will besonders die Industrieförderung, die Infrastrukturpolitik und die Verwaltung im Revier reformieren, um Impulse für einen wirtschaftlichen Wandel zu setzen. An die Verga-

be von EU-Fördermitteln ins Ruhrgebiet will die CDU in Zukunft Bedingungen knüpfen: Geld darf es nur noch für Ideen geben, die sich zuvor im Wettbewerb mit anderen Regionen durchgesetzt haben.

Zur Zukunftsfähigkeit des Reviers gehört es nach Meinung der CDU-Landtagsabgeordneten aber auch, dass die Steinkohle nicht wie bisher mit der Hälfte des Wirtschaftsetzts des Landes subventioniert werden kann. Deswegen soll nun möglichst rasch ein Gespräch mit allen Beteiligten einschließlich der

Anteilseigner geführt werden, um über die Rahmenbedingungen für ein sozialverträgliches Auslaufen des subventionierten Bergbaus zu verhandeln und zu entscheiden. Helmut Stahl: „Mit RAG und DSK wollen wir sowohl für den geplanten Börsengang als auch für die Bergbaufolgekosten Lösungen erarbeiten. Dazu sind neutrale Gutachten erforderlich.“

Die Landtagsfraktion wird sich dafür einsetzen, die Lebensqualität im Ruhrgebiet nachhaltig zu verbessern. Das Ruhrgebiet hat landschaftlich reizvolle Gebiete.

Allerdings gibt es in den Städten auch größere städtebauliche Probleme. Sowohl die Bausubstanz als auch die Sozialstruktur sind dringend verbesserungsbedürftig. Die Landesregierung wird mit den Ruhrgebietsstädten alle Anstrengungen unternehmen, die dort bestehenden Probleme zu lösen. „Wir erwarten von allen Akteuren im Ruhrgebiet, dass Sie ihre jeweiligen Verantwortlichkeiten zum Nutzen der Region wahrnehmen. Wir vertrauen den Menschen im Ruhrgebiet und trauen ihnen viel zu“, sagte Helmut Stahl.

THÜRINGEN: KOMMUNIKATIONSKONZEPT NIMMT FORMEN AN

Im Leitantrag „kuemern.de“ hat die CDU Thüringen beschlossen, die Kommunikation mit den Bürgern und den CDU-Mitgliedern zu verbessern. „Wir arbeiten ständig an der Realisierung unseres Konzeptes“, so CDU-Generalsekretär Mike Mohring. Mit der neu gestalteten Internetseite www.cdu-thueringen.de ist ein weiterer Bestandteil von kuemern.de umgesetzt.

Die Internetseite ist nicht nur moderner gestaltet, sondern auch übersichtlicher strukturiert und hilft dem Bürger dabei, möglichst schnell an Infor-

mationen zu gelangen. Für CDU-Mitglieder wurde ein internes Mitgliedernetz eingerichtet, in dem sie aktuelle Nachrichten, Argumente und Materialien zur Landes- und Kommunalpolitik in Thüringen erhalten. „Wir wollen auf der einen Seite, dass unsere Mitglieder argumentativ gut aufgestellt sind. Auf der anderen Seite haben die Mitglieder über das interne Mitgliedernetzwerk auch einen Mehrwert gegenüber Nichtmitgliedern, da sie auf exklusive Informationen und Argumente zugreifen können“, erläutert Mohring.

Einen weiteren Schritt zur verbesserten Kommunikation des Landesvorstandes mit der Basis unternehmen die Präsidiumsmitglieder, indem sie durch alle Kreisverbände touren und an deren Kreisvorstandssitzungen teilnehmen. „Es geht darum, sich über Probleme zu verständigen, Anregungen aufzunehmen und die Einflussmöglichkeiten der Mitglieder auf die Meinungsbildung innerhalb des Landesverbandes zu verstärken“, informiert Mohring. Die ersten Termine sind bereits zeitnah geplant.

Saarland

Peter Müller im Amt bestätigt

Der saarländische Ministerpräsident Peter Müller wird weitere zwei Jahre die saarländische CDU führen.

Das Präsidiumsmitglied der Bundes-CDU wurde auf dem 55. Landesparteitag der CDU Saar in Schiffweiler mit 96,5 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wählten die Delegierten Peter Jacoby, Annelore Kramp-Karrenbauer, Klaus Meiser und Daniela Schlegel-Friedrich.

In seiner Rede zog der alte und neue Vorsitzende eine positive Bilanz. Das Land habe sich durch eigene Kraftanstrengungen, durch politische Innovationen und mutige Reformen Respekt und Anerkennung bundesweit verschafft. Die erfolgreiche Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels in den letzten Jahren, vor allem aber die dynamische Aufwärtsentwicklung in der Saarwirtschaft, Spitzenplätze bei Wachstum und Ausbildung, mutige Reformen und bundesweit anerkannte Leuchtturmprojekte hätten gezeigt, welche Gestaltungspotenziale trotz knapper Kassen im Land vorhanden seien. Mit ihrer Arbeit habe die



Peter Müller, Vorsitzender der CDU Saar

saarländische CDU die Weichen dafür gestellt, dass das Saarland sich in schwieriger Zeit gut behauptet hat. Dabei seien auch Entscheidungen, die nicht auf ungeteilten Beifall getroffen seien, unumgänglich gewesen. Nachdem diese Phase im wesentlichen abgeschlossen sei, ginge es jetzt darum, mit neuen Ideen und Projekten in die nächste Phase des Aufsteigerlandes Saarland zu starten.

Im Mittelpunkt des Parteitages stand neben der Neuwahl des gesamten Landesvorstandes die Verabschiedung des Leitantes. In dem Antrag, der unter dem Titel „Saarland – Erfolgreich in Deutschland – Mit der Saarlandpartei CDU in eine gute Zukunft“ steht, wurden die politischen Akzente für die Entwicklung des

Saarlandes in den kommenden Jahren formuliert. Die Schwerpunkte der Arbeit reichen dabei von dem Bereich Wirtschaft und Beschäftigung über Bürokratieabbau bis zu Bildung und Erziehung sowie Lebensqualität.

In einem Handlungsprogramm für mehr Wirtschaft und Beschäftigung schlägt die CDU Saar vor, die Saarländische Wirtschaft durch attraktive Rahmenbedingungen weiter zu modernisieren. Dazu gehören folgende Maßnahmen: Vorrang für den Mittelstand, Verbesserung des Gründungsklimas durch die Entwicklung eines speziellen Förderinstrumentariums, Weiterentwicklung des Saarlands als Industriestandort durch den Ausbau von Innovationsclustern, Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Einführung einer 100%igen-Ausbildungs-garantie. Ziel der CDU Saar ist es außerdem, das Saarland zu einer Modellregion für Entbürokratisierung und Deregulierung zu machen. In einem Handlungsprogramm schlägt die CDU Saar u.a. vor, Antragsverfahren bei Landesbehörden zu beschleunigen, Doppelzuständigkeiten abzubauen und

Verfahrenswege zu verschlanken. Durch den konsequenten Einsatz von eGovernment sollen bis zum Ende der Legislaturperiode 75 % aller online-fähigen Dienstleistungen im Saarland über das Internet angeboten werden.

Ziel der CDU Saar ist es, durch eine erhöhte Geburtenrate und eine für das Saarland günstige Wanderungsbilanz die Bevölkerungsentwicklung positiv zu gestalten. Folgende Maßnahmen schlägt die CDU Saar vor: Flächendeckend angebotene Kurse sollen die Erziehungskompetenz der Eltern unterstützen und verbessern. Durch eine lücken-

lose Kette von Vorsorgeuntersuchungen und Kindesbeobachtungen bis zur Einschulung soll Kindesmissbrauch und Vernachlässigung entgegengewirkt werden. Außerdem fordert die CDU Saar die Landesregierung auf, die Zahl der Kinderkrippenplätze bis zum Jahr 2010 zu verdreifachen. Nach englischem Vorbild sollen die klassischen Kindergärten in „Familien-Gärten“ umgewandelt werden. Die CDU Saar schlägt vor, Bildungsbausteine zu entwickeln, die allen Kindern im Jahr vor der Schule systematisch und verbindlich vermittelt werden sollen. Die CDU Saar spricht sich dafür aus, die bestehen-

den Ganztagsschulangebote weiter zu entwickeln, lernschwache Schüler ab Klassenstufe 7/8 besonders zu fördern, Schulschwänzer und notorische Störenfriede gegebenenfalls zu sanktionieren und die Schulbuchkosten zu senken.

„Der Leitantrag dokumentiert den Gestaltungsanspruch der CDU Saar im Saarland. Die CDU Saar ist die Saarlandpartei, die nicht nur – mehr als alle anderen Parteien in diesem Land – über zukunftsfähige Konzepte und Ideen verfügt, sondern auch die Kraft und die Standfestigkeit hat, diese Konzepte umzusetzen“, erklärte Peter Müller.

„ARBEITSGEMEINSCHAFT ELBE“ KONSTITUIERT SICH IM BUNDESTAG

Die CDU-Abgeordneten der Elbregion wollen sich zukünftig regelmäßig über elbpolitische Fragen abstimmen, um die Interessen der Elbanlieger bundespolitisch schlagkräftiger durchsetzen zu können. Dazu sollen Gespräche mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Verbänden geführt werden.

Zum neuen Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Elbe wurde der Hamburger Jürgen Klimke gewählt, der vom tourismuspolitischen Sprecher der Fraktion Klaus Brähmig als

Stellvertreter unterstützt wird. Ziel der Wiedergründung in der neuen Legislaturperiode ist es, den Anliegen der Elbanrainer ein bundespolitisches Forum zu geben, aus dem auch parlamentarische Initiativen hervorgehen. Wichtige Themen sind dabei die Zukunft der Elbe als Verkehrsweg, die Stärkung der Elbregion als Wirtschaftsraum sowie die Förderung des Tourismus auf und entlang der



Jürgen Klimke

Elbe. Hochwasser- und Umweltschutz sowie Vernetzung der kulturellen Aktivitäten der Elbregion sollen ebenfalls in der AG Elbe behandelt werden.

In einer ersten Sitzung ist ein Gespräch mit Vertretern des Bundesverkehrsministeriums und Verbänden über die Vertiefung der Untereibe sowie den Ausbau der Mittel- und Oberelbe für die Binnenschifffahrt geplant.

Godelieve Quisthoudt-Rowohl

Schnelle Handelsliberalisierung mit Agrargütern kein Allheilmittel

Die aktuelle Diskussion über die europäische Landwirtschaftspolitik krankt daran, dass sie oft sehr einseitig geführt wird. Nach weit verbreiteter Ansicht stehen allein unsere Agrarbehilfen dem Ende der weltweiten Armut im Wege. So einfach ist die Sache aber nicht.

■ 1. Wenn wir unsere Agrarsubventionen abbauen, hat die breite Bevölkerung in den ärmeren Ländern nicht unbedingt etwas davon. Dies liegt zum einen an den dortigen Besitzverhältnissen. Die ertragreichen Böden gehören überwiegend einer kleinen Elite von Großgrundbesitzern. Dieser Gruppe steht eine Vielzahl von Kleinbauern gegenüber, die in der Regel nicht zu Weltmarktpreisen produzieren können: Ihnen hilft eine Öffnung des europäischen Agrarmarktes also kaum. Hinzu kommt eine Reihe von internen Schwierigkeiten, die verhindern, dass es in Entwicklungsländern zu breitenwirksamem Wohlstand kommt. Dazu zählen eine mangelhafte Infrastruktur,



Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP

das Fehlen rechtsstaatlicher Strukturen und eine hohe Korruptionsrate.

■ 2. Im Übrigen sind es — neben Agrarexportnationen wie Australien, Neuseeland und Kanada — ohnehin in erster Linie Schwellenländer wie Brasilien und Indien, die einen radikalen Abbau der europäischen Agrarbehilfen fordern, weil gerade sie davon profitieren würden. Viele der am wenigsten entwickelten Länder würden eher darunter leiden, denn sie sind auf den Import von landwirtschaftlichen Erzeugnissen angewiesen und zahlen drauf, wenn die Weltmarktpreise steigen.

■ 3. Opfer einer solchen Politik wären auch die Länder Afrikas, der Karibik und

des pazifischen Raumes, mit denen die EU Sonderabkommen geschlossen hat. Sobald wir die Zölle auch für alle anderen senken, genießen diese Staaten keinen privilegierten Zugang zu unseren Märkten mehr und hätten starken Agrarexporturen wie Brasilien wenig entgegenzusetzen.

■ 4. Darüber hinaus ist es schlicht widersprüchlich, von europäischen Bauern die Einhaltung der weltweit höchsten Umwelt- und Sozialstandards zu fordern und im gleichen Atemzug zu verlangen, dass sie zu Weltmarktpreisen produzieren sollen.

■ 5. Es ist sowohl zynisch als auch ziemlich kurzsichtig, in Europa die Einhaltung solcher Standards zu predigen, gleichzeitig aber durch Importe von billigen Nahrungsmitteln aus anderen Regionen der Welt kurzfristig davon profitieren zu wollen, dass diese dort nicht eingehalten werden. Um seine Soja- und Rindfleischausfuhren zu steigern rodet z.B. Brasilien die bewaldeten Regionen am Amazonas, fördert damit den Treibhauseffekt und gefährdet den Artenschutz.

- 6. Wer die Abschaffung der GAP gefordert, muss sich fragen, ob die ursprünglichen Gründe die zu ihrer Einführung geführt haben tatsächlich alle überholt sind. Zumindest im Hinblick auf die Sicherung der Nahrungsmittelgrundversorgung scheint dies nicht der Fall zu sein, da diese in einer immer unkalkulierbareren Welt wohl eher an Bedeutung gewinnen dürfte.
- 7. Eng damit verbunden ist auch die Frage der Nahrungsmittelsicherheit. Man denke nur an den von der EU mit den USA ausgetragenen Konflikt um hormonbelastetes Rindfleisch. Wenn wir auch in Zukunft noch selbst bestimmen wollen was wir essen, können wir uns nicht allein auf Importe verlassen.
- 8. Unsere Landwirtschaft darf zudem nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilt werden.

Sie ist auch ein zentraler Bestandteil unserer europäischen Kultur und erfüllt damit eben auch einen Identität stiftenden Zweck — nicht nur im ländlichen Raum.

- 9. Im Übrigen sollte, wer heute einen radikalen Umbau der europäischen Landwirtschaftspolitik fordert, sich erst einmal vergegenwärtigen, was wir in den vergangenen Jahren auf diesem Gebiet bereits geleistet haben. Wir reformieren die europäische Landwirtschaftspolitik nicht erst seit gestern. Mit der Reform von 2003 werden 90 Prozent der Subventionen, die den Handel verzerren, verschwinden. In der Handelsrunde haben wir vorgeschlagen, die bedeutendsten Beihilfen um 70 Prozent zu kürzen. Unsere Exportbeihilfen wollen wir sogar ganz abschaffen.

In einer offenen und vorurteilsfrei geführten Diskussion sollten auch solche Aspekte gehört und bei politischen Entscheidungen angemessen berücksichtigt werden.

Die weltweite Armut ist ein schreckliches Problem. Gerade die westlichen Industrieländer stehen in der Verantwortung, dafür eine Lösung zu finden. Allerdings müssen wir verhindern, dass unsere Landwirtschaft dabei aus schlechtem Gewissen und im Namen einer falschen politischen Korrektheit zum Sündenbock gemacht wird.

Godelieve Quisthoudt-Rowohl ist Mitglied des CDU-Bundesvorstands und Europaabgeordnete. Im Europäischen Parlament sitzt sie im Ausschuss für Internationalen Handel und im Entwicklungsausschuss.

BDV: ERIKA STEINBACH WIEDERGEWÄHLT

Erika Steinbach ist auf der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen in ihrem Amt als Vorsitzende bestätigt worden. Die Unions-Bundestagsabgeordnete erhielt 63 der 77 Stimmen.

In ihrer Rede begrüßte die alte und neue Vorsitzende, dass im Haushalt von Kultur-Staats-

minister Bernd Neumann Mittel für die Bewahrung des kulturellen Erbes der Vertriebenen erhöht worden sind. „Die neue Bundesregierung hat insgesamt Zeichen gesetzt, die eines deutlich machen: dass die vertriebenenfeindliche Politik im Staatsministerium für Kultur ein Ende haben wird.“



Erika Steinbach

Volker Kauder

Föderalismusreform ist ein Meilenstein

Heute (10. März, Anm. d. Red.) beginnen wir mit der parlamentarischen Beratung des größten deutschen Reformvorhabens in den letzten Jahren. (...)

Wir tun dies gleichzeitig in Bundestag und Bundesrat. Denn Bund und Länder haben dieses Reformwerk gemeinsam erarbeitet und auf den Weg gebracht. In der Vergangenheit gab es viele Anläufe zu dieser notwendigen Reform. Sie sind bisher alle gescheitert. Heute aber legen wir ein Ergebnis vor. Ein Ergebnis, das die föderale Ordnung unseres Landes zukunftsfähig macht.

Unser Land braucht diese Reform. Wir werden im globalen Wettbewerb nicht bestehen, wenn wir uns weiterhin langwierige und komplizierte Gesetzgebungsverfahren leisten. Das Hin und Her zwischen Bundestag und Bundesrat hat uns in der Vergangenheit oft genug blockiert. Es hat uns langsam und schwerfällig gemacht. Mit der Föderalismusreform befreien wir uns von dieser Selbstblockade. Wir gewinnen an gesetzgeberischer Handlungsfähigkeit; wir gewinnen an Ge-



Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

staltungskraft. Dies brauchen wir in dieser Zeit. Nur mit dieser Reform können wir das Veränderungstempo der Globalisierung mitgehen. Nur mit dieser Reform werden wir von Getriebenen zu Antreibern.

Bei vielen Entscheidungen, die zwischen Bundestag und Bundesrat mühsam ausgehandelt wurden, (...) war nachher oft nicht mehr klar, wer wofür die Verantwortung trägt. Wir selbst haben uns oft darüber gewundert wie ein Gesetz ausgesehen hat, das wir im Bundestag verabschiedet haben, nachdem es aus dem Vermittlungsausschuss erneut in den Bundestag gekommen ist. (...)

Die Föderalismusreform schafft wieder mehr Klar-

heit. Sie weist Kompetenzen eindeutig zu und macht deutlich, wo die Länder und wo der Bund Verantwortung trägt. Deshalb stärkt eine Reform des föderalen Systems, wie sie heute vorgelegt wird, unsere Demokratie.

Natürlich nehmen damit auch die Gesetzgebungskompetenzen der Länder zu. Aber ganz entgegen mancher Befürchtungen, die geäußert werden, schwächen wir damit den Bund nicht; wir stärken ihn vielmehr. Viele Entscheidungen können wir nun hier im Deutschen Bundestag endgültig ohne Zustimmung der Länder treffen. Das, was in der Öffentlichkeit und in manchen Kommentaren in den Medien immer wieder als Kuhhandel bezeichnet wird, wird künftig nicht mehr stattfinden. Durch die Föderalismusreform entflechten wir unser politisches System. Davon profitieren beide: Bund und Länder.

Wir als Union haben uns schon immer für das Prinzip der Subsidiarität stark gemacht. Das ist keine abstrakte Theorie, sondern ein Grundsatz, der besagt, dass

Entscheidungen auf der Ebene getroffen werden sollen, auf der die Sachverhalte am besten beurteilt werden können. Das, was die Länder oder Kommunen besser regeln können, soll dort auch geregelt werden. In der Praxis der Gesetzgebung sind wir diesem Grundsatz nicht mehr ausreichend gerecht geworden. Mit der Föderalismusreform stärken wir den Gedanken der Subsidiarität. (...) Entscheidungen werden zukünftig dort gefällt, wo die Menschen mitreden können.

Von der Föderalismusreform, die wir heute einleiten, geht eine Botschaft an Europa, an Brüssel aus. Auch dort muss das Prinzip der Subsidiarität wieder stärker beachtet werden. In Brüssel soll nur das geregelt werden, was wir in den Nationalstaaten nicht selbst regeln können.

Mit der Föderalismusreform fördern wir auch den Wettbewerb zwischen den Ländern und das ist gut so. Nur für die Zaghaften und Mutlosen ist das etwas Negatives. Nur die, die sich nichts zutrauen, versuchen Wettbewerb zu verhindern. (...)

Wettbewerb unter den Ländern heißt: Künftig setzt der Beste den Maßstab. Nur so kommt unser Land voran.

Wir dürfen unser Heil nicht im Mittelmaß suchen. Unser Land braucht Exzellenz. Und Wettbewerb ist ein Entdeckungsverfahren für Exzellenz. Eine Stärkung des Wettbewerbs unter den Ländern wird mehr zum Bürokratieabbau und zur Vereinfachung von Verwaltungsverfahren beitragen als jede rhetorische Ankündigung zu diesem Thema.

Pisa war daher auch kein Schock, sondern ein Weckruf. Ein Weckruf, es den erfolgreichen Ländern gleich zu tun. Im Korsett des einheitlichen Mittelmaßes hätte sich kein Land erfolgreich profilieren können.

Für die Freiheit, in bestimmten Fragen eigene Wege zu gehen und eigene Lösungen zu entwickeln, sind die Länder bereit, auf Einfluss im Bund zu verzichten. Die Reform macht daher etwas wahr, was viele nicht mehr für möglich gehalten haben.

„Deutschland lässt sich doch reformieren“ titelte die Neue Zürcher Zeitung vor ein paar Tagen zur Föderalismusreform. Manchmal müssen wir uns vom Ausland daran erinnern lassen, dass man nur mit Zuvorsicht, nicht aber mit Bedenken weiterkommt.

Für uns sollte das Wort von Tucholsky nicht gelten:

„Wenn der Deutsche nichts mehr hat, Bedenken hat er“.
(...)

Tatsächlich sind wir mit der Reformgesetzgebung einer großen Herausforderung gerecht geworden. Denn es ging ja nicht darum, eine Position des Bundes zu formulieren. Es ging vielmehr darum, gemeinsam mit den Ländern eine von beiden Seiten getragene Lösung zu finden. Und die Länder waren sich auch nicht von vornherein in jeder Frage einig. Natürlich ist ein unter diesen Bedingungen erarbeitetes Paket immer ein Kompromiss. Es kann gar nicht anders sein. Was ich immer wieder höre und lese, nämlich dass der Bund einseitig seine Vorstellungen hätte durchsetzen können, zeugt nicht von Realismus. (...) Bei jeder einzelnen Frage haben wir das Für und Wider abgewogen. Wir sind zu Ergebnissen gekommen, die sich sehen lassen können und von Bund und Ländern gemeinsam getragen werden. (...)

Ein besonderer Stellenwert kommt dem Bereich

„Föderalismusreform. Übersicht über die wichtigsten Punkte.“
Eine Analyse der Bundestagsfraktion unter
www.cducs.de



der Bildung zu. Im Bereich Bildung und Hochschulen können die Länder ihre schon bestehenden Kompetenzen (...) abrunden. (...) Nirgendwo gibt es soviel staatliche Einflussnahme auf die Bildungseinrichtungen wie in Deutschland. Daran krankt unser System. (...)

Jetzt geht es um mehr Wettbewerb und weniger Zentralismus. Die Föderalismusreform muss diesen Wettbewerb möglich machen und dazu führen, dass unsere Universitäten mehr Freiheit erhalten. Bei diesem Wettbewerb geht es gar nicht nur um den Vergleich zwischen Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern. Es geht um den Wettbewerb der einzelnen Universitäten – und der lässt sich nicht auf Bundesländer beschränken. Bildung und Wissenschaft kennen keine Grenzen. Der Wettbewerb, den ich mir vorstelle ist der zwischen München und Harvard, Heidelberg und Cambridge, Aachen und der ETH Zürich. In diesem Wettbewerb werden unsere Universitäten aber nur bestehen können, wenn wir ihnen mehr Freiheit geben.

Ein Kompetenzstreit zwischen Bund und Ländern in den vergangenen

Jahren hat uns nicht weitergeholfen. Deshalb führt die Föderalismusreform zu einer notwendigen Entflechtung. Die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau wird beendet. Der Bund lässt die Länder aber nicht allein. Das hat die Bundesbildungsministerin Schavan klar und deutlich gesagt. Die gemeinsame Förderung von Forschungsbauten an Hochschulen einschließlich Großgeräten wird in der Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung fortgeführt. Wenn wir etwas dringend brauchen, um Arbeitsplätze schaffen und die Zukunft unseres Landes sichern zu können, dann ist es Forschungsförderung in großem Umfang. Daran wird der Bund beteiligt werden. (...)

In den vergangenen Tagen ist viel darüber gesprochen worden, ob das „Paket Föderalismusreform“ noch aufgeschnürt und verändert werden kann. Das Verfahren, in das wir heute mit erster Lesung eintreten, ist ein Gesetzgebungsverfahren wie jedes andere auch. (...) Selbstverständlich werden wir eine ordentliche Expertenanhörung zu diesem großen Reformwerk durchführen. Das wird keine Schaufensterveranstaltung sein.

Klar muss sein: Entscheidungen des Bundestages allein reichen nicht aus. Jede Regelung muss von Bundestag und Bundesrat gemeinsam getragen werden – und zwar mit verfassungsändernder Zweidrittel-Mehrheit. Wer das vergisst, der hat übersehen, dass wir es hierbei mit einem besonderen Verfahren zu tun haben. (...)

Wer um die vielen gescheiterten Anläufe zu einer Föderalismusreform weiß, wird das nun vorliegende Ergebnis umso höher einschätzen und sich darüber bewusst sein, welche Verantwortung in dieser Frage im Gesetzgebungsverfahren auf uns zukommt.

Die Föderalismusreform ist kein Stückwerk. Sie ist ein Meilenstein in der Gesetzgebung. Sie stärkt unsere bundesstaatliche Ordnung und macht sie zukunftsfähig. Sie ist die richtige Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Unser Land braucht die Föderalismusreform. Deshalb bitte ich Sie: Helfen Sie alle mit, dass es diesmal gelingt!

Auszüge aus der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, zur 1. Lesung zur Föderalismusreform im Deutschen Bundestag am 10. März 2006.

Bundeswehr auf solidem Kurs

Aktuelle sicherheitspolitische Themen wie der mögliche Einsatz der Europäischen Union im Kongo, die Haushaltssituation, die geplanten Rüstungsvorhaben und der Stand der Transformation der Bundeswehr standen auf der Agenda einer Klausurtagung der Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter Vorsitz von Bernd Siebert mit der fast vollständig anwesenden Führungsspitze des Bundesministeriums der Verteidigung.

Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung unterrichtete die Abgeordneten über die aktuellen Entwicklungen in der Frage eines möglichen Kongo-Einsatzes der EU. Weitere Themen waren die Auslandseinsätze, der Einsatz der Bundeswehr im Inneren, die internationalen Verpflichtungen Deutschlands in NATO und EU, das Luftsicherheitsgesetz und die Frage eines Ehrenmals für die im Einsatz gefallenen Soldatinnen und Soldaten. Minister und Abgeordnete würdigten die positive Arbeit der Bundeswehr, die ganz wesentlich auf der



Bernd Siebert, Vorsitzender der AG
Verteidigung der Bundestagsfraktion

Wehrpflicht begründet ist. Der Parlamentarische Staatssekretär Christian Schmidt widmete sich der Rüstungsplanung und dem Verteidigungshaushalt. Dabei wurde die Steigerung der Investitionsmittel für Forschung und Entwicklung um fast 16 Prozent und die Senkung der Betriebsausgaben um 1,5 Prozent mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen. Man war sich einig, dass weitere Anstrengungen zur Konsolidierung des Haushaltes notwendig sind. In Anbetracht der Auslandseinsätze und der notwendigen Modernisierung dürfen in den nächsten Jahren keine finanziellen Kürzungen mehr stattfinden.

Staatssekretär Peter Wichert referierte zur Moder-

nisierung der Bundeswehr, zu ihrer Personallage, zur Einsatzführung, zur Rolle der Wehrverwaltung bei Auslandseinsätzen und zur Besoldungsordnung für Soldatinnen und Soldaten. Auf Basis der Kriterien „Strafung“, „Neuausrichtung“ und „Führung aus einer Hand“ sind hier Entscheidungen notwendig, um dem steigenden Anpassungsdruck zu begegnen.

Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan verdeutlichte den Stand der Bundeswehrplanung und der Transformation. Darüber hinaus machte er Ausführungen zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren und zur Zivil-Militärischen Zusammenarbeit.

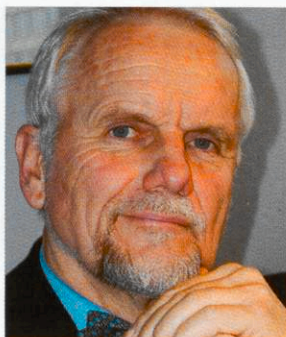
Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Bernd Siebert, stellte abschließend fest, dass die Bundeswehr in Grundstruktur und Motivation gut aufgestellt sei und sich auf einem soliden Kurs befinde. Er wünsche sich eine intensivere Debatte über Sicherheitspolitik und der Rolle der Bundeswehr in der Öffentlichkeit. Hierzu werde das noch für dieses Jahr angekündigte Weißbuch einen wichtigen Beitrag leisten.

Schutz des geistigen Eigentums – Keine Bagatelle

Die Bundesregierung hat eine für den Schutz des geistigen Eigentums wesentliche Entscheidung getroffen:

Die hoch umstrittene so genannte Bagatellklausel, die Privatkopien straffrei stellen sollte, hat nun doch keinen Eingang in den Gesetzentwurf gefunden. So können jetzt auch Privatkopierer den Kopierschutz auf CD's nicht mehr umgehen, ohne sich strafbar zu machen.

Insbesondere Kulturstaatsminister Bernd Neumann ist es zu verdanken, dass die an der Bagatellklausel geübte berechtigte Kritik von Verbänden und der Musik- und Filmindustrie ihren Niederschlag gefunden hat. Es steht nun fest: Geistiges Eigentum ist genauso viel wert wie materielles Eigentum. In unserer heutigen Zeit, in der durch die steigende Herstellung von Raubkopien ständig nicht nur wirtschaftliche Interessen, sondern eben auch die Urheberrechte der Künstler verletzt werden, ist dieses Signal von nicht zu unterschätzender Bedeutung: Kreativität, Ideenreichtum und geistige Leis-



Wolfgang Börnsen

tungen stellen ein riesiges Entwicklungspotenzial für die Zukunft unseres Landes dar, besonders auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Der Wegfall der Bagatellklausel zollt der „Kreativwirtschaft“ nicht nur Anerkennung und Respekt, sondern wird auch zu ihrer weiteren Entfaltung beitragen.

Wolfgang Börnsen ist der kultur- und medienpolitische Fraktionssprecher.

Schluss mit Abzocke bei Auslands-Handy-Gesprächen

Die gegenwärtige Höhe der Roaming-Gebühren für Mobilfunk-Gespräche in oder aus Staaten der EU (z. B. im Urlaub) ist inakzeptabel. Als „Roaming“ wird die Nutzung eines Handys in einem anderen Mobilfunknetz als dem eigenen bezeichnet.

Für deutsche Handynutzer, die aus dem Ausland nach Hause telefonieren, liegen die Kosten zwischen 80 Cent und 2 Euro pro Minute in der teuersten Tarifzeit. Bei eingehenden Anrufen zahlt der Mobilfunknutzer im europäischen Ausland zwischen 70 und 80 Cent pro Minute. Verglichen mit inländischen Mobilfunkpreisen sind die gängigen Roaming-Gebühren viel zu hoch. Außerdem bestehen Zweifel, ob der Wettbewerb zwischen den Mobilfunkanbietern auf diesem Gebiet funktioniert, da sich die Höhe der Roaming-Gebühren der vier deutschen Netzbetreiber nur unwesentlich voneinander unterscheidet.

Die von der EU-Kommissarin Viviane Reding angekündigte Neujustierung der Roaming-Gebühren mit Hilfe einer Verordnung entspricht der bisherigen Unions-Forderung und soll den Verbraucher entlasten. Die Union plant, dazu in der Koalition einen entsprechenden Antrag vorzulegen. In diesem Antrag wird gefordert werden, die Entgelte so aufzuschlüsseln, dass für den Verbraucher ersichtlich ist, wie sich die Gebühren zusammensetzen. Eine weitere Forderung wird die Senkung der internationalen Roaming-Entgelte auf die



Peter Bleser



Julia Klöckner



Hans-Peter Friedrich



Ingo Schmitt

Höhe der nationalen Gebühren sein.

Peter Bleser ist Vorsitzender der AG Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, **Julia Klöckner** ist Verbraucherschutzbeauftragte der Bundestagsfraktion.

Flugreisen sicherer!

Die von der EU-Kommission veröffentlichte Schwarze Liste kritischer Airlines trägt nachhaltig dazu bei, den Luftverkehr sicherer zu machen:

Durch einheitliches Handeln innerhalb der EU werden auffällige Fluggesellschaften aus Europa ferngehalten, die sachgerechte Auswahlmöglichkeit der Verbraucher wird deutlich erhöht. Mit der Bekanntgabe der Namen von 93 Airlines ist ein zielführender erster Schritt getan. Jetzt sind die Mitgliedstaaten zur raschen Umsetzung einheitli-

cher Start- und Landeverbote innerhalb der EU aufgefordert.

Die Liste gibt Fluggästen erstmals die Möglichkeit, sich amtlich über die Sicherheitsqualität der von ihnen gewählten Airline zu informieren. Insbesondere haben Reisebüros die Pflicht, die Liste im Internet zu veröffentlichen. Passagiere, die auf eine Airline gebucht werden, die als unsicher gilt, haben darüber hinaus ein Anrecht auf Entschädigung.

Gerade aus Deutschland reisen jährlich zehntausende Touristen nach Asien. Diese werden nun aufgrund der Liste, auf welcher ausschließlich Airlines aus Afrika und Asien stehen, eindeutig besser geschützt.

Nach den Flugzeugunglücken in den letzten Jahren wird es höchste Zeit, dass gegen Fluggesellschaften, die Sicherheitsstandards nicht einhalten und damit leichtfertig Menschenleben aufs Spiel set-

zen, konsequent vorgegangen wird.

Hans-Peter Friedrich ist Stellv. Fraktionsvorsitzender, **Ingo Schmitt** ist EU-Berichtserstatter in der AG Verkehr.

Wassermanagement: zentrales Krisenpräventionsinstrument

Das Management der globalen Wasserressourcen ist eine zentrale Herausforderung der deutschen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

Die zunehmende Wasserknappheit birgt in vielen Regionen der Welt tödliche Gesundheitsgefahren und ein gefährliches Konfliktpotenzial. Über einer Milliarde Menschen fehlt der – für uns selbstverständliche – direkte Zugang zu sauberem Trinkwasser. Durch verschmutztes Wasser sterben jährlich mehr Menschen als durch Kriege. Durch das Bevölkerungswachstum und die



Christian Ruck

Wirtschaftsentwicklung in Entwicklungsländern ist eine weitere Zuspitzung der Wasserproblematik zu erwarten.

Die angemessene Wasserversorgung der Bevölkerung ist nicht nur eine technische, sondern auch eine politische Herausforderung. Durch kooperatives Management können viele Verteilungskonflikte und Gesundheitsrisiken vermieden werden. Die Unterstützung der Entwicklungsländer beim Wassermanagement ist daher ein wichtiges Instrument der Krisen- und Migrationsprävention.

Deutschland ist weltweit einer der wichtigsten und bestqualifizierten Geber beim Wasser- und Abwassermanagement. Angesichts der wachsenden Wasserproblematik müssen wir in diesem Bereich weitere Akzente setzen.

Christian Ruck ist entwicklungspolitische Fraktionssprecher.

Chancen der grünen Gentechnik nutzen

Mit Unverständnis hat die Fraktion die Äußerungen von SPD-Fraktionsvize Kleber zur Grünen Gentechnik zur Kenntnis genommen.

Es trägt nicht zur Versachlichung des Themas bei, wenn Tag für Tag Halbwahrheiten über den Anbau von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen in der Landwirtschaft in die Welt gesetzt werden. Alle wissenschaftlichen Daten und die bisher gesammelten Erfahrungen im Umgang mit der Grünen Gentechnik und im weltweiten Anbau von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen lassen den Schluss zu, dass die Grüne Gentechnik als eine sichere und beherrschbare Hochtechnologie bezeichnet werden kann. Gentechnisch veränderte Nutzpflanzen können insbesondere den Einsatz von Pflanzenbehandlungs- und Düngemitteln reduzieren, die Qualität der Produkte verbessern und die Belastung der Produktionsflächen verringern. Dies gilt auch für den Anbau von gentechnisch verändertem Mais. Gerade der Deutsche Bauernverband hat in der Vergangenheit deutlich gemacht, dass für ihn das Ne-



Katherina Reiche

beneinander des Anbaus mit und ohne gentechnisch veränderten Pflanzen ein zentrales Anliegen ist.

Im Koalitionsvertrag wurde eindeutig geregelt, dass eine Novellierung des Gentechnikgesetzes erfolgen und die Grüne Gentechnik gefördert werden soll. Daran sollten sich beide Koalitionspartner halten. Notwendig ist es jetzt, die Haftungsregelungen zu entschärfen und klarzustellen, dass wissenschaftliche Freisetzungsvorversuche kein Inverkehrbringen sind. Im Interesse der noch führenden deutschen Forschung auf einem der wichtigsten Innovationsfelder weltweit und im Interesse unserer mittelständischen Industrie brauchen wir Rahmenbedingungen, die die Forschung und Anwendung der Grünen Gentechnik in Deutschland möglich macht.

Katherina Reiche ist Stellv. Fraktionsvorsitzende.

Familienkasse – Frauen Union fordert Transparenz

Der Staat erbringt jährlich fast 100 Milliarden Euro an Leistungen für die Familie. Trotz dieser hohen finanziellen Zuwendungen haben junge Menschen den Eindruck, der Staat und die Gesellschaft täten für Familien zu wenig.



Maria Böhmer, Bundesvorsitzende der Frauen Union

Um einer zielgerichteten und verbesserten Familienförderung auf den Weg zu helfen, fordert die Frauen Union die Einführung einer Familienkasse und stellte diese im Rahmen eines Podiumsgesprächs zur Diskussion. Die Bundesregierung hat die Einrichtung einer Familienkasse im Koalitionsvertrag verankert. Zeitungsüberschriften wie „Baby-Schock“ und „In zwölf Generationen sind wir Deutschen ausgestorben“ beschreiben die besorgniserregende Entwicklung der Geburtenrate in Deutschland. Die FU-Bundesvorsitzende Maria Böhmer beschrieb das Problem: „Wenn man Kinderlose fragt, was aus ihrer Sicht gegen Kinder spricht, lautet eine der Antworten: Ein Kind wäre eine

große finanzielle Belastung.“

Prof. Dr. Jörg Althammer, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesfamilienministerium, konkretisierte seine Vorschläge zur Reform des Familienlasten- und -leistungsausgleichs. Er war in einem Gutachten für die Frauen Union der Frage nachgegangen, wie die Effizienz und die Transparenz staatlicher Familienpolitik durch eine Familienkasse zu erhöhen seien. Das System der französischen Familienkasse erklärte die Soziologin Dr. Jeanne Fagnani. Die staatliche Familienbeihilfekasse ist für die Verwaltung der Familienleistungen und der Mindestsicherung zuständig. Als solche nimmt die

Familienkasse eine Schlüsselrolle innerhalb des Systems der Umverteilung zugunsten von bedürftigen Personen, Haushalten und Familien ein. Familien haben in Frankreich den Vorteil, nur eine Behörde als Ansprechpartner zu haben.

In der Diskussion wies Ilse Falk, Stellv.

Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, auf die höhere Erwerbstätigkeit von Frauen hin. Die Herausforderung sei es, dass diese Frauen sich auch für Kinder entschieden. Dabei müsse den Frauen Hilfe geleistet werden. Die Einführung einer Familienkasse mit transparenten Leistungen, bei der Eltern Wahlleistungen wie Kinderbetreuung und Fortbildung abrufen könnten, wäre ein Fortschritt. Annegret Kramp-Karrenbauer, Ministerin für Inneres, Familie, Frauen und Sport im Saarland, forderte, Kinder endlich wieder als Freude und Bereicherung anzusehen. Insoweit lohne sich der Blick nach Frankreich, wo eben dies der Fall sei.

Bestellschein > Fan-Schminke-Karte

CDU-Bundesgeschäftsstelle
 Bereich Produktion und Distribution
 Klingelhöferstraße 8
 10785 Berlin

Fax 030/220 70-389

E-mail: yvonne.herrmann@cdu.de

Absender/KV-Nr. Rechnungsanschrift	<input type="text"/>	Lieferanschrift (falls nicht identisch)
CDU-Verband oder Name		CDU-Verband oder Name
Ansprechpartner		Ansprechpartner
Straße, Nr.		Straße, Nr.
PLZ, Ort		PLZ, Ort
Telefon		Telefon

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen. Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.



FAN-SCHMINKE-KARTE ZUR WM

Einfach mit angefeuchtetem Finger die gewünschte Fahren-Farbfläche aufreiben und aufs Gesicht auftragen.

2 Schminkekarten sind in einer Polytüte verpackt.
 Eine Verpackungseinheit = 100 Schminkekarten (50 Polytüten)!

Artikel	Menge	Gesamt- preis
FAN-SCHMINKE-KARTE		
Bestell-Nummer: H314 Preis je 100 Stück (50 Tüten): 12,93 € inkl. MwSt.: 15,00 €		

Alle Preise sind zzgl. Versandkosten.

Versandkosten für Bestellmengenstaffel:

- 100 Expl. = 3,00 € Versandkosten inkl. MwSt.
- 200 Expl. bis 1.400 Expl. = 5,20 € Versandkosten inkl. MwSt.
- 1.500 Expl. bis 3.000 Expl. = 6,70 € Versandkosten inkl. MwSt.

Datum, Unterschrift

Fußballjahr 2006 – aktiv dabei!



FAN-SCHMINKE-KARTE ZUR WM

Lassen Sie mit dieser Schminkkarte viele Fans an der Vorfreude auf die WM teilhaben. Ein genialer und origineller Streuartikel zum Verteilen an alle Freunde des Fußballs. 2 Schminkkarten sind in einer Polytüte verpackt.

Eine Verpackungseinheit = 100 Schminkkarten (50 Polytüten)!

Bestell-Nummer: **H314**

Preis je **100 Stück** (50 Tüten): **12,93 €**

inkl. MwSt.: 15,00 €

Siehe Bestellschein Seite 19!



Der Fußballplaner zur Weltmeisterschaft

Bestell-Nummer: **9849**

Preis je **500 Stück**: **16,00 €**

inkl. MwSt.: 18,56 €

Trainings- u. Wettkampffußball

Das MUSS in diesem Jahr! Für jedes Turnier, als Präsent oder „einfach nur so“.

Bestell-Nummer: **9614**

Preis je **Stück: 13,20 €**

inkl. MwSt.: 15,31 €



Sonderpreis

Kleiner Ball – in 2 versch. Farben

20 Bälle im Netz, inkl. einer Ballpumpe. Er ist wie ein richtiger Fußball, jedoch kleiner und handlicher. Ideal für Sommerfeste, für Spiel und Spaß oder als Kleinwerbe-mittel.

Bestell-Nummer: **9823**

Preis je **20 Stück: 25,80 €**

inkl. MwSt.: 29,93 €



Unsere kleinen Fußbälle ...

Kleiner Ball – als Doppelpack – schon aufgepumpt

Bestell-Nummer: **9824**

Preis je **2 Bälle: 6,00 €**

inkl. MwSt.: 6,96 €



... auch im Doppelpack

Bestellschein > CDU-Sekt

Fax 030/22 07 03 89

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Bereich Produktion und Distribution
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Absender/KV-Nr. Rechnungsanschrift	Lieferanschrift (falls nicht identisch)
CDU-Verband oder Name	CDU-Verband oder Name
Ansprechpartner	Ansprechpartner
Straße, Nr.	Straße, Nr.
PLZ, Ort	PLZ, Ort
Telefon	Telefon

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen. Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

PRODUKTAUSWAHL		Gesamtkosten		gewünschte Mengen	bestellter Gesamtbetrag in Euro
CDU-FLASCHENPREIS: 5,60 € zzgl. MwSt.					
CDU-PRÄSENTKARTONPREIS: 1,70 € zzgl. MwSt.					
Sektflaschen ohne CDU-Präsentkartons (Flaschenlieferung erfolgt ohne Präsentkartons.)					
Kartonverpackung / Flaschengesamtpreis	Versandkosten ohne Präsentkarton	zzgl. MwSt.	inkl. MwSt.		
6er Karton / 33,60 € (6 Flaschen x 5,60 €)	7,50 €	41,10 €	47,68 €	Karton	€
12er Karton / 67,20 € (12 Flaschen x 5,60 €)	11,50 €	78,70 €	91,29 €	Karton	€
18er Karton / 100,80 € (18 Flaschen x 5,60 €)	15,50 €	116,30 €	134,91 €	Karton	€
30-60 Flaschen ...? Flaschen x 5,60 €	pauschal 25,00 €	Flaschenmenge: ☺		Stück	€
Sektflaschen mit CDU-Präsentkartons (Jede Flasche ist zusätzlich einzeln im Präsentkarton.)					
Kartonverpackung / Flaschengesamtpreis	Versandkosten mit Präsentkartons	zzgl. MwSt.	inkl. MwSt.		
6er Karton / 33,60 € (6 Flaschen x 5,60 €)	(inkl. 6 Präsentkartons) 16,70 €	50,30 €	58,35 €	Karton	€
12er Karton / 67,20 € (12 Flaschen x 5,60 €)	(inkl. 12 Präsentkartons) 29,90 €	97,10 €	112,64 €	Karton	€
18er Karton / 100,80 € (18 Flaschen x 5,60 €)	(inkl. 18 Präsentkartons) 43,10 €	143,90 €	166,92 €	Karton	€
30-60 Flaschen / ...? Flaschen x 5,60 €	pauschal 25,00 € ...? Präsentkartons x 1,70 € *	Flaschenmenge: ☺		Stück	€
		*Präsentkartonmenge: ☺		Stück	€

- Größere Mengen - über 60 Flaschen - Transportkosten auf Anfrage.
- Lieferung erfolgt per Paketdienst. Ab 30 Flaschen mit Spedition. Versand innerhalb von 5 Werktagen.
- Bei einer Bestellmenge ab 30 Flaschen werden die Präsentkartons nur im gefalteten Zustand der Lieferung beigelegt. Auf Wunsch erhalten Sie die Sektflaschen direkt in Präsentkartons - zzgl. Konfektionierungskosten je Fl.: 0,15 € und MwSt.
- Präsentkartons können auch separat - ohne Sektflaschen - bestellt werden. (2,00 € je Stück zzgl. Versand und MwSt.)

.....
Datum.....
Unterschrift

Chardonnay Brut

Die königliche weiße Chardonnaytraube verleiht diesem Sekt seinen duftigen, fruchtigen Charakter. Dieser Sekt ist sehr bekömmlich und besitzt wenig Säure. Ausgewählte Weine gewährleisten die außergewöhnliche Qualität.



Sehr geehrte Damen und Herren,

die CDU-Bundesgeschäftsstelle bietet allen CDU-Verbänden und Mitgliedern ein besonderes „Dankeschön-Präsent“ zum Kauf an.

Dieses besondere Dankeschön eignet sich für viele Anlässe:

Für Mitgliederehrungen, als Dank für Wahlkampfhelfer und -unterstützer oder einfach für gute Freunde und Partner der Partei.

Unser CDU-Sekt im Geschenkkarton ist ein sehr hochwertiges Präsent.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Verschenken.

Mit freundlichen Grüßen,
Ihre CDU-Bundesgeschäftsstelle

CDU

CDU

Versektet und hergestellt in Deutschland – exklusiv für die CDU Deutschlands.

UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.



Taschentücher
„Freiheit für alle Nasen“

Bestell-Nummer: **9637**
Preis je **144 Stück: 28,00 €**
inkl. MwSt.: 32,48 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
CDU-Kundenbetreuung
Telefax 0 52 41-8 09 41 65
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de